



Am 3.April nach Berlin

Auch aus Mecklenburg-Vorpommern wollen wir viele vom Sozialabbau betroffene Menschen mobilisieren, sich an der Demonstration gegen den Sozialkahlschlag zu beteiligen.

Wir begrüßen die Initiative des Europäischen Sozialforums und die von den Gewerkschaften geplanten europaweiten Aktionen im Kampf gegen den weiteren Sozialabbau, der in Deutschland mit den Hartz III und IV- Gesetzen erst einen vorläufigen Höhepunkt gefunden hat.

Wir lehnen die AGENDA 2010 ab und fordern deren Rücknahme, wir wollen den Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau stoppen und ihn nicht sozialverträglich mitgestalten.

Wir leisten Widerstand!

Wir treten für die Forderungen ein, die am 17.und 18.Januar in Frankfurt am Main beschlossen wurden.

Dazu gehören **vielfältige regionale und betriebliche Aktivitäten in den nächsten Wochen**. Wir werden mit den Gewerkschaften und in den regionalen Bündnissen unsere Aufklärung und die Information fortsetzen und verstärken müssen, um die Folgen des Systemwechsels weg vom Sozialstaat deutlich zu machen.

Wir müssen deutlich machen, dass es in den neuen Bundesländern und nicht nur dort verhängnisvoll ist, wenn die Leistungen für die Erwerbslosen gekürzt werden, die aktive Arbeitsmarktpolitik bis zur Unkenntlichkeit zurückgestuft, auf die Arbeitslosen in den Filialen der Bundesagentur mittels der veränderten Zumutbarkeit und der gewünschten Annahme nichtexistenzsichernder Arbeitsstellen der Druck erhöht und die Arbeitslosenstatistik durch faule Tricks am Rande der Legalität geschönt wird.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die **Grenze für den Sozialabbau im Widerstand der Betroffenen** liegt, d.h. im Bündnis der Beschäftigten mit den Rentnern, der Erwerbslosen, den Schülern und Studenten, den Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken und allen von den "Reformen" betroffenen Menschen.

„Für Arbeit mit existenzsichernden Löhnen – gegen Sozialraub und Massenarmut“ mit dieser Losung sollten wir uns **am 3.April in BERLIN** in die große Front derer einreihen, die für eine Umverteilung von oben nach unten eintreten und ein Leben in Würde für alle Menschen auch in Zukunft sichern wollen.

Erwerbslosenbeirat des Erwerbslosenparlamentes, beschlossen in Schwerin am 28.01.2004

